

Initiativ-Antrag für die Sitzung der ÖH Uni Wien

am 07.01.2022



Häuser brennen - Träume nicht Solidarität mit der Lobau Besetzung

In der Nacht auf den 31. Dezember 2021 gab es mutmaßlich eine mutwillige Brandstiftung auf eine der Besetzungen der LobauBleibt-Bewegung.

Gegen 2 Uhr Früh wurde ein Turm, der als Witterungsschutz an einem Standort der Besetzung errichtet wurde, mithilfe eines flüssigen Brandbeschleunigers in Brand gesetzt.

Währenddessen befanden sich acht Aktivist*innen im Turm - Diese konnten sich glücklicherweise alle rechtzeitig aus dem Turm retten und blieben deshalb physisch unverletzt. Sofort wurde noch selbst mit Löscharbeiten begonnen, dennoch brannte der Turm vollkommen aus. Die eintreffende Feuerwehr konnte den Brand zwar löschen, doch vom Witterungsschutz blieb nichts übrig.

Die Aktivist*innen berichteten sofort, dass sie eine Person wahrgenommen hätten und gingen deshalb, auch aufgrund vorher gegangener Drohungen, von einer Brandstiftung aus. Auch die mittlerweile ermittelnde Polizei sowie der Staatsschutz gehen mittlerweile, nachdem vor Ort Brandbeschleuniger sicher gestellt wurde, von einem Brandanschlag aus.

Während es vollkommen klar ist, dass die ÖH Uni Wien sich gegen den geplanten Lobautunnel positioniert sowie solidarisch mit der LobauBleibt-Besetzung ist, sollte es ungefragt der persönlichen Position zum Lobautunnel vollkommen klar sein, sich nach einem Brandanschlag auf junge Aktivist*innen mit diesen zu solidarisieren.

Leider hat die Wiener Stadtregierung das bisher nur halbherzig hinbekommen - In einer ersten Stellungnahme kritisierte Bürgermeister Michael Ludwig sogar den angeblich rechtsfreien Raum vor Ort. Das, obwohl es in der Lobau eine angemeldete Versammlung gibt, was an sich das Gegenteil eines rechtsfreien Raumes ist.

Daher möge die zweite ordentliche Sitzung der ÖH Uni Wien im Wintersemester 2021/22 beschließen:

- Die ÖH Uni Wien erneuert ihre Solidarität mit der LobauBleibt-Bewegung und verurteilt öffentlich den Brandanschlag auf die jungen Aktivist*innen
- Die ÖH Uni Wien fordert die Wiener Stadtregierung dazu auf, sich mit den Besetzer*innen zu Verhandlungen über den Abbruch des Baus zu treffen und die Vorbereitungen zum Bau während dieser Verhandlungen einzustellen
- Die ÖH Uni Wien fordert die Wiener Stadtregierung dazu auf, alle Klagsdrohungen gegen Aktivist*innen zurück zu nehmen